

## Protokoll Bürgerversammlung vom 29.06.2015

Um 18:30 Uhr wurde die Bürgerversammlung von der Sprecherin des Bürgerforums, Heike Priebe, eröffnet. Sie bittet Herrn Heinze, kurz über den Sachstand mit der DVG zu berichten.

Er führte aus, dass ab Donnerstag neben dem bestehenden Verkauf der DVG-Tickets das Sortiment um Fahrplanauskünfte, Abo-Verträge etc. erweitert wird. Auf die Frage nach DVG-Fachwissen antwortete Herr Heinze, dass zweimal in der Woche – dienstags und donnerstags - die DVG mit eigenen Mitarbeitern vor Ort ist und man sich das fachliche Wissen mit der Hilfe der DVG-Mitarbeiter aneignen will.

Anschließend erteilt Frau Priebe Frau Klabuhn das Wort, die in dieser Veranstaltung das Integrierte Handlungskonzept Marxloh vorstellen möchte. Sie stellt sich als Stadtteilmanagerin für Marxloh der EG DU vor und übergibt das Wort an den Herrn Susic, der sich als Moderator dieses Abends vorstellt. Frau Klabuhn teilt mit, dass das leer gezogene DVG-Kundencenter im Im-Brahm-Center von der EG DU übernommen wird und nach kleinen Umbaumaßnahmen spätestens Mitte August/Anfang September als Stadtteilbüro eröffnet wird. Frau Klabuhn selbst wird vor Ort sein, Frau Gerhards und Frau Jeuschnik werden das Team ergänzen

Sie bedankt sich bei den beiden herzlich für die getane Gemeinschaftsarbeit der letzten, wenigen Wochen, die sie für die Konzepterstellung zur Verfügung hatten. Sie selbst geht in 2 Jahren in den Ruhestand. Es ist geplant, dass Frau Jeuschnik das Stadtteilbüro weiterführt (zurzeit hat Frau Jeuschnik noch andere Aufgaben innerhalb der EG DU).

Das Integrierte Handlungskonzept ist bis zum Jahr 2020 befristet ( Förderphase Soziale Stadt).

Frau Klabuhn berichtet, dass der Stadtteil Marxloh in den letzten Jahren nicht mehr über die Soziale Stadt gefördert wurde, da der Stadtteil aus dem Programm entlassen ist und sich im Verstetigungsprozess befand. Projektmittel standen aus dem „Grüngürtel Duisburg Nord“ zur sozialen Stabilisation zur Verfügung. Es gab die Ausschreibung „Große Projekte“, den Wettbewerb und weiterhin stand der Verfügungsfonds zur Verfügung.

Des Weiteren wird in Marxloh zurzeit das städtebauliche Entwicklungskonzept mit einer Vielzahl kleiner und größerer Projekte durchgeführt.

Durch die neuen Herausforderungen im Stadtteil (Zuwanderung aus Südosteuropa) wurden Ende 2014 wieder Mittel für ein Ortsteilmanagement, ein städtebauliches Projekt und Verfügungsfonds vom Land zur Verfügung gestellt, verbunden mit der Auflage ein Integriertes Handlungskonzept bis zum 31.03.2015 einzureichen. Das Handlungskonzept wurde in Zusammenarbeit mit den lokalen Netzwerken, in Bürgergesprächen, einer Denkwerkstatt und aus den Erfahrungen der Verstetigungen der Sozialen Stadt fristgerecht eingereicht und am 22.06.2015 vom Rat der Stadt Duisburg beschlossen.

Bisher erfolgten positive Signale von der Bezirksregierung. Marxloh wurde in die Förderstufe A aufgenommen.

Frage: „Was heißt A-förderwürdig?“

Das bedeutet, dass Marxloh für eine Förderung in dieser Periode vorgesehen ist, B würde mindestens ein Jahr Verzögerung bedeuten.

Der Stadtteil steht vor neuen Herausforderungen, der soziale Frieden ist gefährdet. Es haben sich 3 Hotspots in Marxloh entwickelt, an denen viele der sogenannten Problemimmobilien stehen. In diesen Schrottimmobilien leben viele der zugezogenen Rumänen und Bulgaren (Übervermietung). Derzeit leben 3100 Rumänen und Bulgaren in Marxloh, von denen circa 46% unter 15 Jahre alt sind. Dadurch entsteht ein großer Bedarf an Bildung und Qualifizierung.

Die Herbert-Grillo-Gesamtschule, die mit Platzproblemen zu kämpfen hat, plant Seiteneinsteigerprojekte. Allerdings fehlen der Schule massiv Räumlichkeiten zur Durchführung.

Die Herbert-Grillo-Gesamtschule will sich dem Stadtteil als Stadtteilschule anbieten und steht für den Bildungsstandort Marxloh. Dieses geschieht auch in Kooperation mit anderen Institutionen wie der Werkkiste und der VHS.

Ein weiterer Baustein dieses Handlungskonzeptes sind die baulichen Maßnahmen – Fördergelder gibt es nur, wenn „Steine bewegt werden.“. Frau Klabuhn appelliert an alle Teilnehmer, sich einzubringen. Auch Akteure und Vereine im Stadtteil sollen sich angesprochen fühlen und sich die Frage stellen: „Wer kann was?“. „Die Inhalte des Handlungskonzeptes sind nicht das Evangelium und nicht in Stein gemeißelt.“.

Erste angedachte Maßnahmen sind

- a) Gestaltung des Quartiersplatzes an der Paulskirche
- b) Machbarkeitsstudie Bildungsstandort - Stadtteilschule
- c) Outdoorfitness- und Generationenpark – barrierefrei -
- d) Abriss GEBAG-Haus (Geisterhaus)
- e) Stadtteilbüro
- f) Bereitstellung finanzieller Mittel für den Verfügungsfonds

Zudem gibt es weitere Projekte im Stadtteil wie BIWAQ, Jugend stärken im Quartier, Sprachförderung im Rahmen „Starke Quartiere, starke Menschen“.

Ein Teilnehmer, der seit seiner Geburt in Marxloh lebt gibt an, dass sich die Situation im Stadtteil von Jahr zu Jahr verschlechtert hat. Er fragt, was für erfolgreiche Ergebnisse in den vergangenen Jahren mit dem vielen Geld, welches die EG DU in Marxloh investiert hat, erzielt wurden. Er hat das aktuelle Handlungskonzept gelesen und bemängelt, dass der Wochenmarkt, der keiner mehr ist, als Stärke benannt wird; obwohl das Konzept doch angeblich von Leuten geschrieben sei, die Marxloh kennen. Ebenfalls kritisiert er den Skulpturenweg (bestehend aus aneinandergereihten Einkaufswagen) und das sich verschlimmernde Müllproblem. Er sieht sich in seiner Nachtruhe auf der KWS gestört, die als Rennstrecke missbraucht wird, während die Polizei derweil auf dem Willy-Brandt-Ring blitzt und das Ordnungsamt gar nicht zu sehen ist.

Ein weiterer Bürger, der auch das Konzept gelesen hat, bemängelt, dass zum Thema Zuwanderung aus Osteuropa nichts zu finden ist. Zu Nachfragen bei der Stadt Duisburg bekommt er nur dumme Antworten. Dolmetscher und Streetworker sind doch wesentlich sinnvoller und wichtiger als Baumaßnahmen und Grünflächen, so seine Aussage.

Als Antwort wird gegeben, dass ein Wochenmarkt an sich eine Stärke eines Stadtteiles ist und auf dem August-Bebel-Platz ebenfalls bauliche Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Bzgl. Recht und Ordnung wird nochmals betont, dass es sich bei dem IHK nicht um ein Recht- und Ordnungskonzept handelt sondern um ein Städtebauliches Konzept. Man steht aber in Kontakt mit den zuständigen Behörden. Die Arbeit der 10 Lotsen à 10 Stunden die Woche in Gesamt-Duisburg soll verstetigt und im Rahmen sozialer Förderung erweitert werden, daher auch die Nähe des Stadtteilbüros zur AWO. Man möchte mit den Menschen auf Augenhöhe ins Gespräch kommen und nicht nur über sie sprechen.

Der Bürger wiederholt noch einmal die Wichtigkeit von Dolmetschern!

Frau Klabuhn erklärt, dass Dolmetscher und Sprachkurse Teil des Konzeptes sind.

Ein weiterer Bürger unterstreicht die Bedeutung des miteinander Sprechens und nennt als Beispiel die Vorkommnisse vor 10, 12 Jahren, als Jugendliche im Stadtteil randaliert haben (eingeschmissene Fenster). Pater Oliver hat seinerzeit mit den Jugendlichen „in ihrer Sprache“ gesprochen, dann war alles gut. Bezüglich der Raserei auf der KWS empfiehlt er Bodenschweller. Im Publikum wird die Durchführbarkeit dieser Maßnahme in Frage gestellt.

Zum Thema innere Sicherheit und sozialer Frieden weist der Ratsherr Manfred Slykers auf eine Veranstaltung hin, die in Absprache mit dem Leiter des Ordnungsamtes, der Polizei und dem Oberbürgermeister in diesem Sommer noch im Stadtteil stattfinden soll. Bzgl. der Anschuldigungen, die gegen die Polizei erhoben werden, bittet er inständig konkret zu werden, jeden einzelnen Anruf zu dokumentieren, damit man nachprüfen kann, ob die Polizei gekommen ist oder nicht („keine Pauschalitäten, dokumentieren!“).

Ein Bürger fragt, was nach der Tacheles-Veranstaltung im letzten Jahr passiert ist und gibt gleich die Antwort – Nichts!

Frau Klabuhn entgegnet, dass viel im Hintergrund passiert ist – Taskforce -, klitzekleine Schritte, die gegangen worden sind. Aber bei einem stetigen Wechsel der Zuwanderer zwischen 6 Wochen und drei Monaten ist es schwierig, mit ihnen ins Gespräch zu kommen – man fängt immer wieder von vorne an. Die Integration vor 40 Jahren hat über die Arbeit funktioniert.

Eine Bürgerin spricht Herrn Slykers direkt an, bekommt von der Polizei nur „dumme Antworten“ und berichtet von folgendem Vorfall: Ein Auto, welches bei ihnen auf der Straße auf der falschen Straßenseite steht, und aus dem heraus augenscheinlich ein Haus beobachtet wird, meldet sie der Polizei. Die Polizei entgegnet nur „Was haben wir damit zu tun?“. Eine Stunde später kommen drei Ordnungsamtler, bleiben drei Sekunden stehen und gehen unverrichteter Dinge. Und bei ruhestörendem Lärm antwortet die Polizei mit „dann ziehen Sie doch weg!“. Weiter bemängelt sie, dass mit endlich verfügbarem Geld nur abgerissen wird. „Häuser sind kein Problem, Vermieter verursachen Probleme. Marxloh ist kein Problem, Menschen in Marxloh haben Probleme!“.

„Sie kennen mich, ich komme aus Marxloh und der Stadtteil liegt mir am Herzen“ antwortet Frau Klabuhn. Immobilien sind abgängig und es gibt viele verbretterte und zugemauerte Häuser. Eigentum verpflichtet und das Ziel ist es nicht, Häuser zu schließen sondern wieder bewohnbar zu machen (Wohnungsaufsichtsgesetz). „Das Recht- und Ordnungsgefühl ist immer subjektiv, ich weiß, was Leben in Marxloh bedeutet.“

Herr Schwarthans von der AWO erklärt, dass sich die AWO keineswegs aus Marxloh zurückzieht. Zu den bereits vorhandenen 4 Mitarbeitern kommen 4 weitere Mitarbeiter hinzu, die qualifizierte Angebote für Kinder und Jugendliche anbieten, Sprachbrücken herstellen, sprich qualifizierte Ansprechpartner sein wollen. Die neue Beratungsstelle entsteht an der Friedrich-Engels-Straße. Letztendlich ist das Problem aber nur gesamtgesellschaftlich zu tragen und zu lösen.

Ein Mitarbeiter (seit 3 Monaten im Jugendzentrum beschäftigt) des Kiebitz-Jugendzentrums fragt nach einer Sporthalle für die Abend- bzw. Nachtstunden. Er möchte Jugendliche ab 14 Jahren von der Straße holen und sich mit ihnen sportlich betätigen, um so auch viel Konfliktpotential heraus zu nehmen. Auf Nachfrage betont er nochmals, dass er sich um Jugendliche jeglicher Nationalität kümmern möchte. Ähnliche Projekte hat er schon in anderen Stadtteilen durchgeführt. Bei Nachfragen bei diversen Schulen und DuisburgSport hatte er bislang keinen Erfolg. Frau Klabuhn verspricht die Kontaktaufnahme mit einer städtischen Stelle. *(Ist umgehend erfolgt)*

Ein Bürger bestätigt noch einmal den Einwand einer seiner Vorredner, das Problem in dem stetigen Austausch der Zuwanderer, „unsinniger Aufwand, wenn wir nach wenigen Monaten wieder vor dem gleichen Problem stehen.“.

Frau Klabuhn unterstreicht nochmals, dass jedem, der hier bleiben möchte, Hilfe zuteil wird. Man muss eine Perspektive geben. Dafür muss man sich aber auch an Regeln halten, wir leben in einem Rechtsstaat und nicht in einer Diktatur! Es sind viele kleine Schritte zu gehen, für kleine Projekte wie zum Beispiel ein Nachbarschaftsfest gibt es ein kleines Budget aus dem Verfügungsfond. Als Beispiel führt sie den Stadtteil Bruckhausen an, in dem nach sehr vielen Aktionen die meisten Probleme in den Griff bekommen worden sind.

Ein Bürger im Rollstuhl vermisst die Alten und die Behinderten in dem Konzept, „wo bleiben die Deutschen?“.

Frau Klabuhn sagt, dass man im Rahmen der Verstetigung und des Zukunftsdialoges sich auch um die Menschen kümmert, die schon immer hier gelebt haben und leben. Man will grundsätzlich ein lebenswertes Wohnumfeld schaffen sowie Arbeitsmarktmaßnahmen anstoßen. Der Bildungsstandort Marxloh soll für alle geschaffen werden.

Zuspruch bekommt sie aus dem Publikum, „es ist wichtig, den eigenen Leuten zu helfen!“.

Ein Hauseigentümer aus dem Publikum stellt die Frage: „Was passiert eigentlich mit all dem Geld und was kommt bei uns Alteingesessenen an?“.

Frau Klabuhn antwortet, dass sie mit allen Beteiligten ins Gespräch kommen möchte und appelliert: „Bleiben Sie hier!“. Antwort vom Hauseigentümer: „Nein, nicht nachdem was ich heute hier gehört habe!“.

Eine Bürgerin fragt nach den Kinderspielplätzen, was macht die EG DU?

Frau Klabuhn antwortet, dass man an dem Thema mit den Wirtschaftsbetrieben und dem Runden Tisch Marxloh e.V. arbeitet. Wenn etwas nicht in Ordnung ist, muss es gemeldet werden. Als Positivbeispiel nennt sie den neuen Spielplatz im Entenkarree.

Heike Priebe ergänzt, dass es momentan einen Sanierungsstau gibt (fehlende Gelder) und der Plitsch-Platsch-Spielplatz bereits vor 2 Jahren saniert wurde. Weiterhin führt sie aus, dass der Runde Tisch Marxloh e.V. einen Quartiersservice ins Leben gerufen hat, der sich im Rahmen der Möglichkeiten um Verschmutzungen/Vandalismus kümmert oder meldet.

Bezogen auf das IHK sagt Frau Klabuhn, dass man vielleicht in dem Projekt beschriebene Maßnahmen wie ein Fußgängerleitsystem zurückstellt um andere Maßnahmen (Spielplatzsanierung) durchführen zu können.

Ein Bürger sagt, dass man nicht alle Armut aufnehmen kann, Arbeitsplätze hier werden abgebaut, man muss Hilfe in den Heimatländern leisten um Anreize zu schaffen nicht auszuwandern.

Eine Bürgerin merkt an, dass ja gar keine Bürger aus Osteuropa anwesend sind.

Frau Priebe sagt, dass dies eine öffentliche Veranstaltung ist und Bürger aus Osteuropa eingeladen worden sind.

Ein Bürger sagt, dass es heute viele Stimmen gab, dass die Stimmung im Stadtteil nicht gut ist und bittet darum, auch kleine Schritte zu sehen. Zum Beispiel gibt es eine Anweisung der Wirtschaftsbetriebe, dass Mitarbeiter jeden sichtbaren Müll mitnehmen. Ein anderer Bürger erwidert, dass Müll trotz mehrfachen Anrufens einfach liegen bleibt. Auf der KWS fuhr morgens ein Wagen der Wirtschaftsbetriebe und ließ den Müll vom Vortag liegen.

Der Vorredner erwidert, dass es durchaus Roma-Familien gibt, die die Straße fegen. Die Schulen müssen gestärkt werden, um Veränderungen zum Guten herbeizuführen.

Eine Lehrerin äußert ihren Unmut, es müssen wesentlich mehr Sozialarbeiter tätig werden. Die Kinder werden ausgebeutet – Kriminalität, Prostitution, Misshandlungen. „Es passiert einfach nichts!“.

Frau Klabuhn sagt, dass man von den Problemen hört, diese aber nicht genau benannt werden. Man muss konkret werden - „wir brauchen Zeugen und deren Aussagen!“. Dies sind Themen für das KI und das Jugendamt. Es gibt aber auch die positiven Beispiele, wo die Kinder bereits um kurz nach sieben Uhr an der Schule stehen, um ja nicht zu spät zu kommen oder dass die Eltern regelmäßig die Elternabende besuchen. Sie berichtet aus Bruckhausen, welches kleiner und dörflicher ist. Dort wird die Nachbarschaft mehr gepflegt und die EG DU hilft auch nur wenn im Gegenzug gemeinsam für Ordnung und ein friedliches Zusammenleben geworben wird. So werden auch weniger Integrationswillige mit Werten und Regeln vertraut.

Ein Bürger berichtet vom Integrationsrat der Stadt Duisburg, von dem er die Information bekommen hat, dass Kinderprostitution keinen Stellenwert hat. Laut Auskunft der Polizeipräsidentin kann sich aufgrund fehlender konkreter Angaben nicht weiter darum gekümmert werden.

Abschließend erklärt Frau Klabuhn, dass die Maßnahmen niederschwellig beginnen, man die BV und den Rat der Stadt mit ins Boot holen will. Es wird weitere Infoveranstaltungen, dann mit PowerPoint-Präsentationen und Vertretern der städtischen Behörden wie Jugendamt und Bauamt geben.

Es gibt viele positive Beispiele für Marxloh:

- Das Wunder von Marxloh, die Moschee,
- Die Weseler Straße als romantische Straße, Marxloh als großes Nebenzentrum,
- Das friedliche Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen!

„Wir als Team versprechen, unser Bestes zu geben!“.

Herr Soric beendet die Veranstaltung gegen 20:00 Uhr und wird versuchen, das eine oder andere Programm in und mit der VHS umzusetzen.

Versammlungsbeginn: 61 Zuhörer

Versammlungsende: 39 Zuhörer

---

Unterschrift Protokollführer / Datum